

Kommunisten

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Verlag: Arbeiter-Verlag Halle, Postfach 14, Halle, Vertriebsstelle: 14, Fernruf: 21045 (Halle), 21047 (Merseburg)

Der Rote Stern

Abonnementpreis: 12 Pf. für den am 1. April 1931 im letzten Quartal. Postamt: Kreisamt des Reichspostamts Halle, Postfach 14, Halle-Merseburg, Vertriebsstelle: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Postfach 14, Halle, Vertriebsstelle: 14.

Abonnementpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, 24. April 1931

11. Jahrgang Nr. 95

Gegen die Hungerdiktatur!

Kommunisten fordern sofortige Einberufung des Reichstages — Streit die beste Waffe gegen Lohn- und Unterstützungsraub Am 1. Mai Massenstreik überall!

(Sig. Drahtm.) Berlin, den 24. April.

Während in den Volksmassen der Arbeiter, Unterstützten und Rentempfänger und Beamten eine tiefe Erregung über die vorbereiteten neuen „Notverordnungen“ der Regierung Brüning Platz greift, zeigt sich der amtlich gebotene Protestwahn immer klarer.

Angesichts der ungeheuerlichen Diktaturpolitik der Regierung Brünnings, das arbeitende Volk hat der Vorrede der kommunistischen Reichstagsaktion, der Genosse Walter Stöcker, gegen den Präsidenten Löbe die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt und gleichzeitig eine Interpellation und einen Antrag eingebracht. Die sozialdemokratische Partei wird keine Gelegenheit haben, ihre volksfeindliche Unterstützungstrolche für Brüning zu enttüllen.

Interpellation

Durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung vom 1. und 1. Dezember 1930, die von der Sozialdemokratie und nationalsozialistischen Landesregierungen Thüringens und Sachsisch-Anhaltens gebilligt und angenommen, sind im höchsten Maße schwebende Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Lohnunterstützung und Pflanzkörper-Versorgung durchgeführt worden. Diese Abbaumaßnahmen brachten bei der Erwerbslosigkeit nicht nur die Kürzung der Unterstützung, sondern auch den Ausschluß breiter Schichten aus Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge.

Bei fünf Millionen Erwerbslosen und etwa vier Millionen Beamten mit zum Teil so erbärmlich niedrigen Löhnen, daß im Besonderen der Wohlstand der Unterstützten gefährdet ist, besteht jetzt über eine Million Arbeitslose nur die sogenannte Wohlfahrtsunterstützung.

Halberthalbe Million erhalten von keiner Stelle irgendwelche Unterstützung. Geradezu furchtbar sind die Wirkungen des Abbaus der Krankenversicherung für Gesundheit und Leben des arbeitenden Volkes.

Die schließliche Anwendung der Schlichtungsstellen durch den Minister Stegerwald, die Lohnpolitik des Brüning-Kabinetts brachte für die noch beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten bereits eine Kürzung des gesamten Lohnes um fünf Millionen Mark.

Die sogenannte Preislenkungsaktion der Reichsregierung ist nur ein bewußtes irreführendes Manöver zur Durchführung des ungeheuerlichen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsaubaus.

Die Sozialpolitik des Kabinetts Brüning und Schiele hat gegenüber zu ungeheuerlichen Preissteigerungen selbst die wichtigsten Lebensmittel geführt, insbesondere zur Brotkrümeln. Die steigenden Kosten der Lebenshaltung verschärfen die Not der Arbeiter und Angehörigen.

Die Abbaumaßnahmen ins Angehörige. Die Abbaumaßnahmen des Reichstages sind nach Vernehmungen im Reichstag jetzt ein neuer ungeheuerlicher Anschlag auf Löhne, Gehälter und die gesamte Sozialpolitik vorbereitet.

Die Notverordnungen sollen die Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich bringen, das heißt eine weitere Kürzung des Lohnes um 15 bis 18 Prozent.

Die Arbeitslosenversicherung sollen die Beiträge von 7 bis 11 auf 10 bis 15 Prozent erhöhen. Die Wartelisten verlängert, der Unterstütsungsbetrag nach erschwert werden.

Die in den Invaliden- und Knappschaftsvereinen und Kriegsopfervereinen sollen die Beiträge ebenfalls um ein Beträchtliches herabgesetzt werden.

Die große Masse der unteren und mittleren Beamten ist ein neuer beträchtlicher Gehaltsabbau angedacht.

Die Preislenkungsaktion der Regierung Brüning hat die Gemeinen steigenden Wohlstand an den Rand des finanziellen Ruins gebracht.

Angesichts der Wohlstandsunterstützungsempfänger jetzt schon ein so ungeheuerliches Hunger- und Elendwahn führen, gehen wir davon aus, daß ein rascher Ausbau der jetzt schon so jämmerlichen Hilfe über.

Die neuen arbeitgeberfeindlichen Vorstöße will die

Leuna-Versammlungen

Wahl in Halle: Sonntag, 9 Uhr, im „Volkspark“; in Merseburg: Montag, 20 Uhr, im „Kronprinz“; in Weißenfels: Dienstag, 20 Uhr, im „Stadttheater“; in Merseburg: Mittwoch, 20 Uhr, im „Theater“.

Regierung Brüning nach Ausschaltung des Reichstages durch neue Verordnungen auf Grund des Artikels 48 durchführen.

Die kommunistische Reichstagsaktion hat die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert, um noch vor dem Erlass der neuen Notverordnungen eine Stellungnahme des Reichstages und der Parteien herbeizuführen.

Die Reichsregierung bereit, sich im Reichstag über ihre volksfeindlichen Pläne zu äußern und zu verantworten?

Unser Antrag gegen die neuen Notverordnungen

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern:

1. Keinerlei weitere Abbaumaßnahmen in der Arbeitslosen-, Invaliden-, Knappschafts- und Unfallversicherung, wie auch der

Kriegsopferversorgung vorzunehmen und auf Grund des Artikels 48 keine Notverordnungen arbeitgeberfeindlichen und antisozialen Inhalts zu erlassen.

2. Die Krisenfürsorge bereit zu ändern, daß die Unterstützungsdauer auf die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit ausgedehnt und alle bisher nicht Unterstützten in die Krisenfürsorge einbezogen werden.

3. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die sofortige Einführung des Sierbinstundenlozes und der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich vorschlägt.

Der Schritt der Reichstagsaktion der KPD, dieser kommunistische Vorstoß gegen Brüning und seine getreue Sozialdemokratie, ist ein Kampfruf an die Millionenmänner der Notleidenden in Stadt und Land, in den Fabriken und an den Stempelstellen, in den Arbeiterquartieren und in den Gewerkschaften, die große rote Volkssolidarität des Proletates und des revolutionären Massenkampfes auszusprechen. Die geltend gemachte Deklaration der KPD und der KPD zeigt die Kampfmittel.

Der 1. Mai muß ein roter Sturmtag des Volkes, ein Tag des Massenstreiks und des Millionenanmarsches gegen die Hungerdiktatur des Volkes sein. Je trübseliger und unheimlicher das herrschende Regime gegen das darben Volk vorgeht, desto schroffer wird seine Herrschaft von den heranwachsenden Wollen der Volksrevolution, der Entladung des Volkszorns, dieses einzigen Ausweges für die Volksmassen aus der katastrophalen kapitalistischen Not.

Die kommunistische Partei ruft als einzige antikapitalistische Partei den Kampf des Volkes.

„SPD — die größte bürgerliche Partei“

Das Organ der Kriegsinvaliden, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, schrieb am 20. April 1931:

„Die langsame Wandlung der Sozialdemokratie zur größten bürgerlichen Partei wird von uns nicht bestritten, sondern anerkannt; diese Wandlung verdient jede Förderung. Aber auch aus diesem Grunde sehen wir keine Gefahr darin, jetzt die Konsequenzen aus dem Mißerfolg der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen zu ziehen. Wer behauptet, man müßte die Sozialdemokratische Partei gegenüber dem Kommunismus schützen, sollte auch erkennen, daß sie in der Opposition dafür bedeutend bessere Aussichten hat, als in der Verantwortung... Die Sozialdemokratie hat kein Monopol für die Beherrschung Deutschlands, sie gehört jetzt, übrigens auch zu ihrem eigenen Ansehen, einmal in die Opposition.“

SPD-Arbeiter, erkennt daran, daß die SPD nur ein Instrument in den Händen der Kapitalisten ist gegen die KPD, die einzige marxistische Partei. Heraus aus der völlig verbürgerlichten SPD! Hinein in die Kampfpartei des Proletariats!

Halle, den 24. April.

Besser als durch diese Verkünder des schwerindustriellen Klattes kann die Partei des Sozialfaschismus, die Partei des Bolschewikismus nicht gekennzeichnet werden. Die Polemik der „DAZ“ richtet sich gegen den Teil der Bourgeoisie, der durch den Mund des Herrn Theodor Wolf im „Berliner Tageblatt“

die SPD als „den einzig sicheren Deich ansetzt, der zwischen der Bourgeoisie und dem heranwachsenden Bolschewismus bisher noch bestand“

und aus diesem Grunde eine sich in Opposition gegen die Regierung befindliche Sozialdemokratie nicht gern sieht. Der Teil der

deutschen Bourgeoisie, der hinter der „DAZ“ steht, sieht nicht viel richtiger und klarer, daß die Sozialdemokratie als Oppositionspartei ihre Aufgabe, Deich zwischen der Bourgeoisie und dem heranwachsenden Bolschewismus zu sein, viel leichter erfüllen kann.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die auf den jetzt stattfindenden Bezirksparteitagen der SPD nicht reden dürfen, müssen gerade diese Verkünder der Bourgeoisie, die heute ganz offen erlauben, sehr nachdrücklich im Zusammenhang mit der Politik gegen die sie selbst schon heute maßenhaft rebellieren, vergleichen.

Tamohi, die SPD ist die größte bürgerliche Partei in Deutschland. Aber das bedeutet bei dem Fortschreiten der Revolution, daß sie die härteste Stütze des herrschenden Faschismus ist und in dieser Front stehen die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich heute noch durch die sozialfaschistischen Führer auf einen falschen Weg führen lassen.

Die Stimme dieser Arbeiter wird auf dem Bezirksparteitag der SPD in Halle, der am Sonntag stattfindet, nicht zum Ausdruck kommen. Jede Opposition wird in der SPD auf brutale Weise unterdrückt. Als vor einigen Tagen die schließliche Parteitag in Schwelmitz stattfand, schrieb das Organ der SPD, die „Schließliche Bergstadt“, folgendes:

„Diese Stimmung konnte auch nicht abgeschwächt werden durch die Breslauer Opposition, die eine immer zweifelhaftere Rolle spielt.“

Nicht die Mitglieder sind verantwortlich zu machen dafür, daß sie auf der falschen und schmerzlichen gebracht werden, zu Befalls- und Mordanschuldungen und um die Arbeiterpartei.

DLB-Ortsgruppe Gleien tritt zum roten Einheitsverband über

Halle, 24. April.

A.-R. Gleien. Der größte Teil der Mitglieder der Zahlreiche Gleien des DLB hat seinen Übertritt zum roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter erklärt. Es handelt sich um Landarbeiter, die seit vielen Jahren dem DLB angehört haben. Nach Landarbeiter, die bereits vor längerer Zeit, angeworben durch denerrat der sozialistischen DLB-Banden, diesen die Mitgliedsbücher ins Gesicht geworfen hatten, schlossen sich dem roten Einheitsverband an.

Jetzt heißt es: überall vorziehen! Alle DLB-Ortsgruppen, alle Ortsgruppen des christlichen Verbandes müssen zum roten Einheitsverband überstreifen. Auf jedem Ort eine Ortsgruppe des roten Einheitsverbandes!

Chemieproleten gegen Lohnraub

Kriegsmandat der Sozial- und Nationalsozialisten in Leuna — Stürmische Gewerkschaftsammlung in Bitterfeld — Ablehnung des Lohnraubschiedspruches durch Griesheim- und Belegarbeit — Wahl eines Kampfausschusses in der Zilm

(Eig. Bericht.) Bitterfeld, den 24. April.

Gestern fand eine vom Fabrik- und Metallarbeiter-Verband für das Bitterfelder Industriegebiet im „Bürgergarten“, Bitterfeld, einberufene Versammlung statt, die Zielung nahm zu dem Lohnraubschiedspruch in der Chemie. Nach einem Referat des Bonzen Strauß, das ein jammerschmerzliches Entschuldigungsamtel war, über die bevorstehende Annahme des Schiedspruches durch die Bürokratie, erklärte der Bonze Leeb in vom DAB würdig:

„Wenn der Tarif abgelehnt wird, stehen wir ohne tarifliche Regelung da. Die Unternehmer können dann mit uns machen was sie wollen.“

Die empörten Arbeiter machten ihren Zorn in Zwischenrufen laut. Ein Arbeiter von der Antin erklärte voller Erregung:

„Ich bin gegen den Lohnraubschiedspruch. Wenn das so weitergeht, dann nehme ich mein Verbandsbuch und reize es in Stücke. Ich bin über 25 Jahre organisiert. Das mache ich nicht mehr mit.“

Die Gewerkschaftsböden machten fruchtlose Anstrengungen, den Sturm zu bezähmen und entfielen deshalb eine wüste Hege gegen die Kommunistische Partei und die RGO.

Unter lauten Protestrufen verließen etwa 40 Arbeiter, angeführt von dem Verrat der Bürokratie, noch vor der Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches den Saal.

Beherzt rief Leeb die Versammlung zu: „Was soll da werden, wenn unsere Funktionäre schon versuchen, die Gewerkschaften auseinanderzureißen. Was soll denn da die breite Masse machen.“ Nachdem ein großer Teil der Arbeiter den Saal verlassen hatte und nur noch die Treuesten der Treuen der Bürokratie in der Versammlung waren, ließ Leeb über den Schiedspruch abstimmen.

Mit etwa 80 bis 70 Stimmen gegen eine Stimme wurde beschlossen, den Lohnraubschiedspruch in der Chemie anzunehmen und darauf sofort die Versammlung geschlossen, um alle Gegenforderungen unmöglich zu machen.

Am gleichen Tage beschloß eine Belegarbeiterversammlung der Zilmfabrik Wölfen die Wahl eines Kampfausschusses, der sich aus 9 Betriebsarbeitern und 3 Erwerbslosen zusammensetzt.

Der Kampfausschuss hat die Aufgabe, mit aller Energie die Streikvorbereitungen voranzutreiben zur Abwehr des Lohnraubes, für die Durchführung verschiedener aufgestellter betrieblicher Forderungen.

Am selben Tage fand in Bitterfelder „Volkshaus“ eine Versammlung der Griesheim-Arbeiter statt, wo nach dem Referat eines RGO-Vertreters eine einstimmige Annahme wurde, in der ebenfalls der Schiedspruch abgelehnt wird und die Beleg-

arbeit sich verpflichtet, alle Betriebe und Abteilungen zu mobilisieren, um durch Streik unter Führung der RGO den Lohnraub abzuwehren.

Am Sonntag, dem 23. April, um 16 Uhr, findet in Seele, Wöfzen, eine Belegarbeiterversammlung aller in der Belegarbeit stehenden Arbeiter statt, gleichfalls eine solche für Leuna Montag, dem 27. April, um 16 Uhr, im „Volkshaus“.

Leuna soll „beruhigt“ werden

(Eig. Bericht.) Leuna, den 24. April.

In einem Rundschreiben geben die Leuna-Zeugnisse Tenhagen und Höcher unter anderem folgendes bekannt:

„Nur dem Schiedspruch wurde dann noch eine langproletarische Erklärung abgegeben, wonach für die Arbeiter, die 42 Stunden und weniger arbeiten, in den einzelnen Betrieben noch eine Sonderregelung getroffen werden soll. Die Arbeiter sollen ein Lohnabzug nicht eintreten. Diese Regelung soll zwischen den Betriebsleitungen und den Organisationen noch getroffen werden.“

Wenn das wahr wäre, würde praktisch ein Lohnraub in Leuna-Belegarbeit augenblicklich nicht erfolgen. Die Könige haben offensichtlich keine Lust, es auf eine Probe ankommen zu lassen. Sie wissen, daß unter Führung der RGO diese Maßnahme kommt, wenn der Lohnraub in Leuna durchgeführt wird. Deswegen haben die Arbeiter und Konjoren jetzt die Aufgabe, die Leuna-Arbeiter einzufüllen und vom Kampf abzuhalten. Praktisch der Lohnraub doch durchgeführt, denn die beabsichtigte Regelung soll vorhergehen, daß die Leuna-Zulage wieder geführt wird und nur dadurch der Lohnraub möglich wird. Man will dadurch verhindern, daß die Proleten den schon vollzogenen Lohnraub bekämpfen.

Einen ganz besonderen Dreck haben die Kapitalisten. Ihre Betriebsleiter wollen einen Teil der Lohnabzüge legen lassen, auf die „12jährige“ Erklärungen der deutschen Regierung als schuldiger Teil“ an den Leuna- und Entlassungen „gebrandmarkt“ wird. Einzig und allein der jetzigen Reichsregierung sollte es abhängen, ob die Leuna-Arbeiter weiter fortgeführt werden oder nicht. Die Kapitalisten, die die Leuna-Arbeiter, deren Mitglieder langweiliger Zeit das Aufsichtsratsmitglied der Leuna-Verwaltung war, Abweisung der Entlassungen in Leuna verhindern.

Aber alle Beruhigungspillen der Sozial- und Nationalsozialisten werden die Leuna- und die in den anderen Betrieben beschäftigten Proleten nicht abhalten, den letzten Kampf gegen den hungernden Lohnraub unter Führung der RGO aufzunehmen.

vertreter zu hören, sondern die Führer dieser Bewegung, die sich in Leuna noch radikalere als die Kommunisten gebärden, wenn es gilt, gegen die eigene Partei oder deren Führer loszugehen.“

„Ja, es ist eben etwas anderes, ob man den Gewerkschaften, Kassen und den anderen Dingen gehorcht, radikale Artikel zu schreiben, um die Empörung der SPD-Arbeiter abzuhalten, oder ob Proleten auf den losgeratene Fäulnisströmungen der SPD ihrer Empörung Ausdruck geben.“

Wo bleibt der zweite Mann?

Diese Parole des Wels hat sich jetzt schon so zur Sicherheit ausgemittelt, daß sie in das Repertoire eines jeden Komikers gehört. Nicht einmal eine schlagkräftige Partei haben die Sozialfaschisten mehr, um die Abwanderung aus ihren Reihen zu verhindern. Wie oft hat das „Bolschewik“ nach dem zweiten Mann gerufen. Er kam nicht, er ging zur Kommunistischen Partei. Freilich, die SPD hat allen Grund, diese Notkreie immer wieder auszuführen.

Der Jahresbericht der SPD für den Bezirk Halle-Merleburg

meist aus eine Mitgliederzahl für 1929 mit 1912 und für 1930 eine solche von 19434.

Das bedeutet eine Steigerung von sechs Zehntel Prozent in einer Zeit, wo die kommunistische Partei im Bezirk Halle ihre Mitgliederzahl um 50 Prozent steigern konnte.

Aber auch die von der SPD angegebenen Mitgliederzahl muß mit größter Vorsicht aufgenommen werden. Wenn man nämlich die in dem Bericht angegebenen abgerechneten Beiträge vergleicht, so ergibt sich hier, daß im Jahre 1930 28 344 Beiträge weniger abgerechnet wurden als 1929. Wenn man aber, was richtig ist, an Hand dieser Beiträge pro Mitglied 48 gezahlte Beiträge auf das Jahr berechnet, dann ergibt sich eine Mitgliederzahl für 1930 von 19 113.

Wäre also die Zahl in dem Bericht der SPD für 1929 reell gerechnet, so ergäbe das einen Verlust von 3400 Mitgliedern in einem Jahre.

Allerdings, da muß man schon sehr weit auf alle Tage nach dem zweiten Mann rufen. Uebrigens ist es auch ganz interessant, welche Parteien um die SPD zugefallen sind. In dem Bericht vom Jahre 1929 hat der Bezirk Halle-Merleburg der SPD vom Hauptvorstand nach seinem eigenen Bericht 67 535, 22 Markt erhalten. Da an die Hauptliste nur 28 344 Markt abgeführt wurden, so bedeutet das eine vollständig finanzielle Wüste. Nun aber eine Frage: Wo nimmt der Hauptvorstand der SPD die riesigen Summen her, mit denen er seine Besitztümer beschützt? Ohne Zweifel erhält die SPD von den Leuten, die sie heute als die stärkste bürgerliche Partei bezeichnen, ungeheure Geldsummen. Braucht man sich da noch über die verräterische Politik der SPD zu wundern?

Gerade jetzt müssen wir alles daran setzen, um die sozialdemokratischen betrogenen Arbeiter zu uns, zur Kommunistischen Partei, die die einzige Führerin des Proletariats im Kampf um seine Befreiung ist, herüberzuführen. Kann an die Arbeit! Nicht nur der zweite, auch der erste Mann gehört in die Kommunistische Partei!

(Siehe auch im Innern unserer heutigen Ausgabe!)

Die Hugenberge zittern vor dem Mai-Aufmarsch

(Eig. Meld.) Berlin, 24. April.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. von Winterfeldt wandte sich in einem Brief an den Reichstagenmitglied Dr. Wirth und den preußischen Innenminister Dr. h. e. Sövering, um ein Verbot der Demonstration am 1. Mai in Berlin zu erwirken.

In diesem Brief weist der Hugenberg-Abgeordnete darauf hin, daß bei der verbotenen Maidemonstration im Jahre 1929 über 20 Tote zu verzeichnen waren. Damit will er den „unantastlichen Charakter“ der Maidemonstration beweisen. Ganz offensichtlich will der deutschnationale Abgeordnete die Volkspolizeistationen im Jahre 1931 auf die Spitze treiben.

Man versteht die Angst der Hugenberg-Geldsücker vor dem Maiaufmarsch des revolutionären Proletariats. Und keine Frage, die Herren Wirth und Sövering würden die Berliner Maidemonstration verbieten, wenn sie die Kraft dazu hätten.

Der 1. Mai des Jahres 1931 wird zu einem besonderen Kampftag der deutschen Arbeiterklasse werden. Ein Kampftag gegen veräuferte Ausbeutung, gegen Faschismus, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Anstatt Nazi- Stahlhelmregierung in Thüringen

Durch die Sozialdemokraten im Sattel gehalten

(Eig. Bericht.) Weimar, 23. April.

Im Thüringischen Landtag wurde die Wahl der neuen Regierung vorgenommen. Für den ausgeschiedenen Naziminister Fried und einem Nazi-Staatsrat wurden die Land- und Abgeordneten und Stahlhelm-Mitglieder Masteller und Döbrich gewählt. Der Ruts der thüringischen Regierung bleibt also derlei wie zuvor: veräuferte Sozialreaktion auch ohne Fried, aber mit Unterstützung der Nazi-Landtagsfraktion.

Bei der Abstimmung über die neue thüringische Regierung enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme und lieferten damit die parlamentarische Grundlage für die kommende Anspülung und Terrorpolitik der Stahlhelm-Regierung. Die Regierung hat die Unterstützung der Sozialdemokraten vor allem dadurch erlangt, daß sie vor einigen Tagen besondere Notverordnungen gegen die Kommunistische Partei beschloß.

Betriebe vor die Front

Massenstreik am 1. Mai

Die Belegschaft der Firma Peinzier, Büschdorf, nahm zum Weltkampftag Protestaktion Stellung. Sie begrüßt den Aufruf des Kampfausschusses und beteiligte sich am 1. Mai an der Massen demonstration gegen Lohnraub, Faschismus und weitere Massenverleumdung. Mehrere Kollegen wurden in den Kampfausschuss gewählt.

Zwei Jahre Festung für einen RGO-Abgeordneten

Genosse Maddalena mit Hilfe der SPD in den Klauen des IV. Straffenats

(Eig. Meldung.) Leipzig, 24. April.

Mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde bekanntlich bei einer Anzahl kommunistischer Reichstagsabgeordneten die Immunität zur Strafverfolgung aufgehoben. Als erster kommunistischer Abgeordneter handelte heute Genosse Maddalena vor dem zuständigen IV. Senat des Reichsgerichts.

In 16 Fällen für Artikel in der „Samburger Volkszeitung“ vom März und Westfälischerzeitung 1928, zum 5. Jahrestag des Samburger Oktoberaufstandes, zu dem Arbeiterterror des Jürgels am 1. Mai 1929, wegen Flugblätter, in denen um Hungermarsch am 1. Februar 1930 aufgerufen wurde und wegen einiger Reden, wurde dem Genossen M. Vorbereitung zum Hochverrat, Verleumdung der Polizei und Organisierung des bewaffneten Aufstandes vorgeworfen.

Genosse M. ging im einzelnen auf jede Anschuldigung ein und bestrafte sich offen für die Organisierung der Revolution, die allein imstande sei, dem Hunger und Elend, dem brutalen Unternehmerterror und der weiteren sozialen und kulturellen Reaktion durch die faschistische Notverordnung ein Ende zu machen.

Die Kommunisten lehnen es ab, ihre Ziele und Wünsche zu verheimlichen. Während früher in demselben Saal noch vor einigen Wochen eine Koalitionsfähigkeit durch sein offenes Bekenntnis zur kapitalistischen Ausbeutung dokumentierte, lagen die Kommunisten den Arbeitern, daß nicht, wie ihnen von der Sozialdemokratie vorgeschwindelt wird, die Macht auf dem Wege der sogenannten Demokratie, sondern nur durch den rücksichtslosen Klassenkampf und dessen Steigerung zur Volksrevolution erobert, und der Sozialismus aufgebaut werden kann. Mit den Worten aus dem kommunistischen Manifest: „Möge die herrschende Klasse vor der kommenden proletarischen Revolution erzittern, das Proletariat hat in ihr nichts zu verlieren als seine Ketten, aber eine ganze Welt zu gewinnen.“ Ich, der Genosse M., nachdem er den Klassenkämpfer des Staates und seiner Organe als Verleumdungsinstrument der Kapitalisten aufgestellt hatte, und nachweis, daß trotz Verbot und verächtlicher Klassenjustiz, trotz Notverordnung und blutigstem Polizeiterror die proletarische Revolution marschiert, keine Auswüchse, die eine wichtige Antike gegen die veräuferten SPD-Führer war.

Der Staatsanwalt hat zweieinhalb Jahre Festung beantragt.

Aktionären gehts gut

Abler-Kalwerle AG, Oberböblingen am See verteilt höhere Dividende als im Vorjahre

Halle, den 24. April.

Die Welfo Reinvestment meldet, ist in der Generalversammlung der Abler-Kalwerle AG, Oberböblingen am See, die in Berlin stattfand, beschlossen worden, eine Dividende von 6 Prozent zur Auszahlung zu bringen, während im Vorjahr nur 5 Prozent zur Verteilung gelangten. Angeblich soll die Steigerung auf die Soliderung der Abreibungen zurückzuführen sein. Es war

offenbar unmöglich, die Riesenprofite der Kalwerle auf dem Wege der Abreibungen zu verkleinern.

Die Generalversammlung der Kalwerle in Wiesbaden beschloß, die Dividende wie im Vorjahr 10 Prozent festzusetzen.

Besonders gegen die Kalwerle sind Lohnraub-Kapitalisten in gesamtstaatlichen und unter Reichsweite durchgeführt worden. Kalwerle wurden in Straßensplafar geworfen. Die Herren Kapitalisten der Wiesbadener Dividende. Um den Kapitalisten die Durchführung Politik zu ermöglichen, deshalb Belagerungszustand über das Land, deshalb Entnahme eines jeden Kampfes durch die faschistische Gewerkschaftsbürokratie.

Die Antwort der Arbeiter muß sein: Erst recht Demut des Streiks gegen den Lohnraub, gegen Kapitalisten, die Durchführung der faschistischen Diktatur!

Kurze politische Meldungen

Die Notverordnung ist dem Zentrum nicht rechtzuzuschreiben, weshalb es im preußischen Landtag einen Antrag auf Verlängerung der Notverordnung gestellt hat, was aus seinen zur Verlängerung der Notverordnung auf dem Wege der Beteiligung religiöser Empfindungen unternehmen ist.

Gewerkschaften wurde auf dem Boden des Fabrikmandates des Schützenkorps in Lüneburg erzwungen. Polizei schützte das Haus des ehemaligen Schützenkommandanten, der Demonstrationen teilgenommen haben.

Reichsminister Wirth hat die Verbotfrist für das bolschewistische Reichstags bis zum 25. April einmündig verlängert.

Unterbezirks-Delegierten-Konferenz

der Partei am Sonntag, dem 26. April, im Saal der Parteizentrale:

- Unterbezirk Nordhausen in Nordhausen, vormittags 10 Uhr, im „Schneit“, Weidenstraße.
 - Unterbezirk Torquay in Torquay, vormittags 9 Uhr, im „Garten“.
 - Unterbezirk Wittenberg in Wittenberg, Sonnabend, 19 Uhr, und Sonntag, 26. April, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Wir fordern alle Delegierten auf, zeitlos zu erscheinen, mitglieder haben als Gäste Zutritt. Parteimitglieder haben Ausweis mitzubringen.
- Die Unterbezirks-Delegierten-Konferenzen von Bitterfeld, Naumburg, Untertal werden verköhnt.

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Leuna

Wien und Kapallo

Die Hintergründe der deutsch-österreichischen Zollunion

In seiner Rede vom 25. März 1931 auf dem deutschen Industriekongress erklärt der deutsche Reichsminister Brüning die Hintergründe der deutsch-österreichischen Zollunion...

Der Vertrag über die Zollunion bildet also nach Brüning einen Kern der Schaffung einer handelspolitischen Sonderzone in Europa. Diese Erklärung des deutschen Reichsministers wird jedoch von jenem bekannten Kommentator der Wiener Regierung begleitet, welche den österreichischen Vortragsrat als ein pan-europäisches Regio-politikum zu recht fertigen suchen...

Vor einigen Tagen wurde von der französischen Regierung ein Projekt ausgearbeitet, laut welchem Frankreich sich mit dem England und Italien den südöstlichen Mittelmeerraum zur gemeinsamen Vorzugszone des Getreibeverkehrs zu garantieren haben. Frankreich selbst löst aufher den gesamten Donauländer mit der Versicherung, daß es noch bis zur diesjährigen Ernte 6-7 Millionen Zentner Getreide bezieht...

Zweck und Aufgabe dieses Planes ist es, die südöstlichen Staaten von dem Gedanken abzubringen, mit Deutschland Handelsverträge auf Grundlage von Vorzugszöllen abzuschließen. Der Augenblick ist es auch der französischen Regierung gelungen, nämlich zur Unterbrechung der schwedischen deutsch-amerikanischen Handelsverhandlungen zu bewegen. Frankreich sucht auf diese Weise zu verhindern, daß die österreichisch-deutsche Zollunion sich auf die benachbarten Donauländer erstreckt.

Langsam aber stetig liegt die Zustimmung Frankreichs zu der österreichisch-deutschen Zollunion, falls dieselbe auf die beiden westlichen Länder beschränkt bleibt, im Bereiche der Möglichkeit. Und in der Tat: unter gewissen Bedingungen, für einen bestimmten Preis könnte sich die deutsche Regierung diese Zollunion Frankreichs erkaufen.

Welcher dürfte nun der angemessene Preis sein, und wo ist der Schlüssel zur Lösung dieser Frage zu suchen? Wie die Delegation der deutschen Industriellen sich ansieht, so der Sowjetunion zu reisen, ergäbe man sich in finanziellen Schwierigkeiten. Ein französischer Korridor in Ausnahmefällen, falls Deutschland von der Kapitalpolitik ein Mittel abzuwenden möchte. Wie die deutsche Delegation tatsächlich nach Moskau reiste, vertritt die französische Presse ihre antisowjetische Haltung. Seit der Rückkehr der deutschen Industriellen hört Frankreich nicht auf, die deutsche Regierung vor der Unterbrechung der russischen Aufträge zu warnen.

Der französische Imperialismus sieht das A und das O seiner Politik in der Einfrierung der Sowjetunion. Wenn sich ihm auch überhört immer fallen wird, einer gewissen Machtvergrößerung Deutschlands in Europa, wie sie die Zollunion schaffen wird, zustimmen, so wird er sich zu diesem Schritt nur in dem einzigen Falle, nur unter der Bedingung entschließen, daß Deutschland eine garantierte Verpflichtung übernehmen wird, die Kapitalpolitik aufzugeben und eine enge, dauerhafte, wirtschaftliche Kooperation gegen die Sowjetunion einzugehen. In diesem Sinne macht auch eben der bekannte französische Senator Henry de Jouvenel einen fortschrittlichen Vorschlag. Jouvenel plädiert für die deutsch-französische Verständigung und meint, man müsse Deutschland die unumgänglichen Kredite geben und es auf diese Weise gegen die Sowjetunion in Schutz nehmen, da Deutschland vorläufig immer noch die „Rote der Sowjetunion“ bildet.

In der Hinsicht kann Frankreich auch auf die Unterstützung England und der Wallung des Völkerbundes rechnen. Die antisowjetische Tendenz liegt ununterbrochen in der Linie der britischen Politik der letzten Zeit. Vor einigen Jahren verließ die bekannte, dem englischen Außenministerium sehr nahe stehende Publizist W. A. R. Fisher, „Peace and Europe“ in „Germany in Europe“, in welcher er sich mit der Frage des Schicksals ernstlich beschäftigt. Fisher meinte dort, daß eine Unterwerfung Deutschlands durch den Anschluß für den europäischen Frieden nur so lange gefährlich ist, so lange Deutschland der Sowjetunion tributpflichtig und um allehand Vorteile berechtigt bleibt. Wird sich jedoch Deutschland in die „Gemeinschaft der europäischen demokratischen Völker“ einfügen, so würden die Völker nicht mehr den „gerechten Machtanspruch“ Deutschlands zu fürchten brauchen und es gäbe für sie dann auch keine Gefahr mehr, sich dem österreichisch-deutschen Zusammenschluß zu ergeben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den genannten Umständen in dieser Richtung mit einem einheitlichen Vorgehen Frankreichs und Englands geredet werden muß. Dabei muß man sich nicht durch den Umstand betören lassen, daß England, wie es zu einer Verständigung mit Brüning und Curtius im Sommer in Moskau vor der Waiatagung des Völkerbundes zu erscheinen. Wenn auch Frankreich die Vermittlung zwischen seinen Verhandlungen mit Deutschland ablehnt, so besteht doch in obigem Punkte keine französisch-englische Differenz. Die kommenden Verhandlungen über die Zollunion werden ebenfalls im Zeichen des Kampfes um die außenpolitische Linie des deutschen Imperialismus, im Zeichen des Aufmarsches gegen die Sowjetunion stehen!

Der Name Gorki — ein Schlag gegen den Klassenfeind

Die Moskauer Großbetriebe bilden Komitee zum Empfang von Maxim Gorki — Neue Stoßbrigaden namens Gorki — Massenauflagen der Werke des Dichters

Moskau, 23. April. In Moskau wurde ein öffentliches Komitee zum Empfang von Maxim Gorki, der am 1. Mai



nach der Sowjetunion zurückkehrt, gebildet. Im Komitee sind Arbeiter der größten Moskauer Betriebe vertreten. Die Moskauer „Literaturnaja Gazeta“ („Literaturzeitung“) schreibt zur bevorstehenden Ankunft Gorkis:

„Dieses Ereignis hat große gesellschaftliche und politische Bedeutung.“

Der zweijährige Aufenthalt Gorkis im Ausland waren Jahre eines wirtlichen kämpferischen Dientes des Schriftstellers für die Sache des Sieges des Sozialismus und des Proletariats. Jeder Artikel Gorkis war ein Schlag gegen die Feinde des Proletariats, rief den Ruf der Bourgeoisie gegen ihn hervor, bewirkte Organe von Verleumdungen und die Hege der bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse.

Zu uns kehrt ein Kämpfer zurück. Ein wirtlicher politischer Vertreter der proletarischen Literatur an der internationalen Klassenfront. In diesen Jahren wurde der Name Gorkis in den breitesten Massen der Sowjetunion noch populärer. Nicht nur durch Bücher und Artikel, nicht nur durch seine ganze Tätigkeit eines proletarischen Kämpfers, eines proletarischen Schriftstellers, sondern durch tausend lebendige Gaben hat sich Gorki mit allen denen der Sowjetunion verbunden. Die Worte des tiefen Riesen Maxim Gorkis, seine frische und junge Stimme, die immer zum sozialistischen Angriff anspornt, klingen in allen Ecken und Enden unseres unermesslichen Landes.“

Undem sie sich zum Empfang ihres geliebten Schriftstellers vorbereiten, bilden die Arbeiter vieler Betriebe neue Stoßbrigaden namens Gorki. Der Staatsverlag gibt eine sechs- undzwanzigbändige Sammlung der Werke Gorkis heraus. Außerdem werden zur Ankunft Gorkis einzelne Massenauflagen seiner besonders populären Werke, wie „Meine Universitäten“, „Mutter“ u. a. herausgegeben.

Bulgarische Arbeiter erobern die Straße

Aktive Vorbereitungen der revolutionären Arbeiterpartei für den 1. Mai. — Versammlungen und Demonstrationen im ganzen Lande — Die Polizei weicht vor den Massen zurück

Sofia, 28. April. Am 18. April hatte die Arbeiterpartei eine öffentliche Versammlung zur Eröffnung der Wahlkampagne und Vorbereitung des 1. Mai einberufen. Die Polizei verbot die Versammlung und besetzte das Versammlungsgebäude. Trotzdem sammelten sich hunderte von Arbeitern und veranstalteten einen Demonstrationsszug ins Stadtmuseum, wo der Sekretär der Arbeiterpartei, Petko Stojew, vor etwa 2000 Arbeitern sprach.

Stabt. Die Polizei war gegenüber diesem Aufmarsch der Massen machtlos und wagte es nicht, die Kundgebung zu stören.

Die mit Überfallausens anrückende Polizei und Gendarmarie überließ die Versammlung, da ihrer Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet wurde, und gab auch einige Schreckschüsse ab. Die Arbeiter sammelten sich jedoch immer wieder auf neue und veranstalteten folgende Protestkundgebungen. Stojew und einige Arbeiter wurden verhaftet.

Der 1. Mai in Budapest

Budapest, 22. April. Die Kommunistische Partei Ungarns hat in den letzten Tagen die Vorbereitungen zum 1. Mai bedeutend verstärkt. Massenhafte mit ein Aufmarsch in die Arbeiter und armen Bauern zur Vorbereitung der 1.-Mai-Demonstration vorbereitet.

Der Aufmarsch stellt die fortschreitende Verelendung der Arbeiter und wertaktigen Bauern seit infolge der Lohnraubpolitik, der auch die vierhunderttausend Arbeiter, der geleiterten Nationalisierung und der Schuldnechtschaft der Kleinbauern. Die Kommunistische Partei ruft die ungarischen Arbeiter und armen Bauern auf, sich am 1. Mai unter dem Banner der Komintern der Arme des Proletariats anzuschließen, den Kampf aufzunehmen für den Schutz der Sowjetunion, gegen die Diktatur der Bourgeoisie, gegen den Nationalismus, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Seekrieg gegen das aufständische Madeira

Die aufständischen Inseln werden blockiert — Eine Kriegsslotte unterwegs — Die Aufständischen zu erbittertem Widerstand entschlossen — Revolte in Portugiesisch-Guinea

L. London, 23. April. Ein portugiesischer Kreuzer, zwei Kanonenboote und zwei Transportdampfer mit zwei Regimentern Infanterie und drei Wasserflugzeugen an Bord sind in Ponta Delgada auf den Azoren eingetroffen. Sie sollen am Donnerstag nach Madeira weiterfahren, um gegen die Aufständischen einzugehen zu werden. Ein Dampfer, der die Flottenboote werden angeblich in Fajozas belagert, um bei der Blockade von Madeira Verwendung zu finden.

CF. Lissabon, 23. April. Aus Fajozas wird gemeldet, daß sich in Portugiesisch-Guinea eine Revolte ausgebrochen ist. Bisher habe die Luftabwehrbewegung einen vollen Erfolg gehabt. Die portugiesische Regierung hat ein Kriegsschiff nach Guinea entsandt.

CF. Lissabon, 23. April. Nach den letzten Meldungen aus Funchal beabsichtigen die Aufständischen nicht, sich den Regierungstruppen zu fügen. Sie treffen Anstalten zu einem erbitterten Kampf. Schützengräben sind ausgehoben worden, um die Regierungstruppen an der Landung zu verhindern. Der Marineminister wird persönlich die Leitung der Operationen gegen die Aufständischen übernehmen.

Demonstrationsstreik der polnischen Staatsbeamten

CE. Warschau, 23. April. Die beschlossene Sitzung der Beamtengehälter um 15 Prozent wird, wie verlautet, von den Staatsbeamten mit einem Proteststreik beantwortet werden.

Öffentliche Herausforderung!

Die Frau in Sowjetrußland

„Vorwärts“ — Schwindel und Wirklichkeit

Die Sozialdemokratie ist mit ihrem Werbelogblatt „Vorwärts“ (Folksblatt) das zur Ablenkung und Verwirrung der SPD, die demütigsten und gemeinsten Lügen über die Lage der arbeitenden Frau unter der proletarischen Diktatur verbreitet, auf eine große Empörung in der gesamten Arbeiterchaft, wie weit hinein in die Reihen der SPD-Mitglieder gelang. Wir weisen, daß in den letzten Tagen schon in einer ganzen Anzahl sozialdemokratischer Parteiveranstaltungen und in manchen Journaleschriften an die „Vorwärts“-Redaktion sich die Entrüstung über denartig plumpen Vorgehen kundtat.

hat volle politische Gleichberechtigung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, wirtlichen Mutter- und Kinderchutz. Der ganze neue Aufbau der Versorgung durch die gesellschaftlichen Institutionen läuft darauf hinaus, die Frau immer mehr aus dem wirtlichen Zwergebetrieb des Haushalts zu befreien. Die „Mugenszeitung“ des „Vorwärts“, die das grenzenlose Elend und das direkte Verhungern großer Volkskreise in Deutschland natürlich nicht sehen will, spricht von keiner einzigen jener Lasten.

Wir fordern die unbekannte Verfasserin und die „Vorwärts“-Redaktion heraus:

Wollen sie nicht als bewußte, schamlose Verleumder der Sowjetunion vor der gesamten Weltlicher Arbeiterchaft daliegen, dann sollten sie den Mut besitzen, in einer Massenveröffentlichung sich bei gleicher Redekunst mit jenen Witzgebern unserer Redaktion, die in den letzten Monaten in der Sowjetunion weilten, öffentlich über die Lage der Frau in der Sowjetunion auseinanderzusetzen.

Sie wird sich zeigen, wer liegt: die „Rote Fahne“ oder der „Vorwärts“?

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Verleumder vom Range des „Vorwärts“ viel zu feig sind, um eine solche Herausforderung anzunehmen.

Neuer, 23. April. Nach einer Meldung der „Vorwärts“ von Tegucigalpa (Honduras) kam es an der Nordküste von Honduras zu einem scharfen Gelechte zwischen Aufständischen und regulären Truppen.

Kommunistenrazzia in Warschau

Polnische Vorbereitungen zum 1. Mai

Warschau, 23. April. Die Sicherheitsbehörden haben in Warschau in den Räumen des Verbandes der polnischen Kommunisten Hausdurchsuchungen durchgeführt und zahllose kommunistische Schriften beschlagnahmt. Über 50 Personen, die an einer „Gehirnsitzung“ teilgenommen, wurden verhaftet. Die Räume des Verbandes wurden geschlossen und verriegelt.

A. Geiger.

Widertalg 1 Pfd. 25
 Cablier 1 Pfd. 88
 76
 Mutter 1 Stück 58
 66
 72
 58
 88
 1 Pfd. 100
 1 Pfd. 130
 Knäuse
 Fleischwaren
 Abommenten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
 urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310424-11/fragment/page=0003



Das muß jeder wissen

SPD.-Abstimmungen gegen die Arbeiterklasse

Die SPD. als Stütze der Brüning-Diktatur

Am 6. Dezember 1930 stimmten die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 371) auf Aufhebung der Artikel-48-Notverordnungen der Brüning-Diktatur betr. Ledigensteuer, Kopfsteuer, Gemeindegemeinschaftsteuer, Abbau der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Krankenversicherung, Abbau der Kriegsoffizierversorgung, Krankenschein und Kegeßgebühren.

Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten für den Gesamtetat der Brüning-Regierung und lehnten einen Mißtrauensantrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1002) der Kommunisten gegen die Reichsregierung Brüning ab.

SPD. für Demonstrationsverbot am 1. Mal

Am 25. März 1931 fand im Reichstag der kommunistische Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 994) auf Aufhebung der Demonstrationsverbote am 1. Mal zur Abstimmung. Die Sozialdemokraten stimmten gegen diesen Antrag.

SPD. gegen Arbeitsruhe am 1. Mal

Am 25. März 1931 wurde im Reichstag über den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 998), den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, abgestimmt. Die Sozialdemokraten lehnten diesen Antrag ab, indem sie die Ausnahmeüberweisung beantragten, obgleich der Reichstag auf 6 1/2 Monate vertagt wurde.

SPD. für Technische Nothilfe

Am 6. März 1931 stand der kommunistische Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 855) auf Streichung der Ausgaben in Höhe von 1120 000 Mark für die Technische Nothilfe zur Abstimmung. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

SPD. für Abbau der Invalidenversicherung

Die Brüning-Regierung hat in diesem Jahr die Zuschüsse für die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen Mark gekürzt. Die Kommunisten beantragten, die alte Summe wieder einzusetzen. Hierüber wurde am 17. März 1931 abgestimmt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag. (Reichstagsdrucksache Nr. 898.)

SPD. gegen Familienwochenhilfe

Die Brüning-Regierung hat in diesem Jahre die letzten 15 Millionen für die Familienwochenhilfe gestrichen. Die Kommunisten verlangten in einem Eventualantrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), diese Summe wieder einzusetzen. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 im Reichstag dagegen.

SPD. gegen Wohnungsbau

Die Brüning-Regierung hat die im Etat vorgesehenen Mittel von etwa 100 Millionen zum Wohnungsbau erheblich gestrichen. Die Kommunisten beantragten (Reichstagsdrucksache Nr. 1000) daher, die Zuschüsse des Reiches zum Wohnungsbau wieder einzusetzen. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 dagegen.

SPD. gegen Kinderspeisung

Die Brüning-Regierung hat die letzte Million für die Kinderspeisung gestrichen. Die Kommunisten beantragten (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), für diesen Zweck 6 Millionen neu einzusetzen. Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten dagegen. Sie beantragten, nur 3 Millionen zu bewilligen.

SPD. für Abbau der Arbeitslosenversicherung

Die Brüning-Regierung hat im vorliegenden Etat keinerlei Zuschüsse an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Die Kommunisten beantragten (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), um einen weiteren Abbau der Unterstützungssätze zu verhindern, die Einsetzung von 500 Millionen Mark für diese Zwecke. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 dagegen.

SPD. gegen Ausdehnung der Krisenfürsorge

Die Kommunisten beantragten, die Krisenfürsorge auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszuweiten und verlangten dementsprechend in einem Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), die Summe für Krisenfürsorge für Arbeitslose im Etat von 400 auf 800 Millionen zu erhöhen. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 dagegen.

SPD. gegen Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich

Die Kommunisten hatten im Reichstag eine Entschließung (Reichstagsdrucksache Nr. 900) eingebracht, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die tägliche Maximalarbeitszeit auf 7 Stunden, und auf 40 Stunden pro Woche, bei vollem Lohnausgleich, festgesetzt wird. In der Sitzung vom 17. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten gegen diese Entschließung.

SPD. gegen Millionärsteuer

Am 23. März 1931 fand der kommunistische Gesetzentwurf (Reichstagsdrucksache Nr. 962) zur Besteuerung der Vermögenden über 500 000 Mark, der Dividenden, Ausschüttungsanteilen und Einkommen über 50 000 Mark zur Abstimmung. Obgleich dieser Gesetzentwurf im letzten Wortlaut am 9. Dezember 1930 die Zustimmung der Sozialdemokraten gefunden hatte, stimmten diesmal die Sozialdemokraten geschlossen dagegen.

SPD. für Kürzung der Ausgaben für Kriegsbeschädigte

Die Brüning-Regierung hat in diesem Etat weitere 100 Millionen an den Versorgungsausgaben für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen gestrichen. Die Kommunisten verlangten in einem Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1000) die erneute Einsetzung der gestrichenen Summen in den Etat. Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten dagegen.

SPD. für den § 218

Der kommunistische Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 266) auf Aufhebung des Nordparagrafen 218 stand am 25. März 1931 zur Abstimmung. Die Sozialdemokraten lehnten diesen Antrag ab und beantragten zusammen mit dem Zentrum die Ausschüßüberweisung, obgleich der sozialpolitische Ausschuß über sieben Monate lang überhaupt nicht zusammentrat.

SPD. für Wucherzölle

Die Sozialdemokraten stimmten in der Sitzung vom 26. März 1931 dem Ermächtigungsgesetz für den Reichsernährungsminister Schiele zu. Dieses Gesetz sieht vor, daß der Junkerminister Schiele eigenmächtig die Höhe der Zollsätze bestimmt.

SPD. für Zensurgesetze

In der Sitzung vom 6. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten gegen die kommunistischen Anträge (Reichstagsdrucksache Nr. 855, 877, 878) auf Streichung der Ausgaben für die Filmoberprüfstelle Berlin und der übrigen Filmprüfstellen, sowie gegen die kommunistischen Anträge auf Streichung der Ausgaben für das Schund- und Schmutzgesetz. In der gleichen Sitzung stimmten die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbots des Renarque-Films „Im Westen nichts Neues“.

SPD. für Panzerkreuzer B

In der Reichstagsitzung vom 25. März wurde über den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1001) auf Streichung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B (Gesamtsumme 10 830 000 M.) abgestimmt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Streichungsantrag.

SPD. für den Bau der ganzen Panzerkreuzerreihe

Im gegenwärtigen ReichswehrEtat ist der Ergänzungsbauplan für Kriegsschiffe (Panzerfahrzeuge, Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboots) enthalten. Der Gesamtbauplan umfaßt nach vorläufig geschätzten Ausgaben die Summe von 3 1/2 Milliarden Mark. Die Kommunisten verlangten (Reichstagsdrucksache Nr. 1001) Streichung dieses Bauplans. Die Sozialdemokraten stimmten in der Sitzung vom 25. März 1931 gegen den kommunistischen Antrag.

SPD. für Groener, Schiele, Treviranus und Stegerwald

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte am 20. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Groener (Nr. 958) am 3. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Schiele (Nr. 824) am 25. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Treviranus (Nr. 1002) am 17. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Stegerwald (Nr. 926). Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sprach dadurch ausdrücklich Groener, Schiele, Treviranus und Stegerwald das Vertrauen aus.

SPD. gegen Einstellung der Polizeigelder für Frick's und Franzen's Polizei

Am 6. März stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag gegen den Antrag der Kommunisten (Nr. 855), die Polizeikostenzuschüsse des Reiches für die Polizei der Länder Thüringen und Braunschweig einzustellen.

SPD. für den riesigen Heeres- und Marineetat

Am 20. März stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für den Heeres- und Marineetat in der Höhe von über 750 Millionen und beantragten nicht einen Pfennig daran zu streichen.

SPD. für den neuen 600 Millionenraub am Sozialetat

Am 25. März stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausdrücklich den ungeheuren Kürzungen am Sozialetat von 600 Millionen für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Invaliden, Wöchnerinnen und Nieter zu.

Diese Uebersicht der Abstimmungen im Reichstage ist entnommen dem Preise von 10 Pfennig durch alle Litereurobleute, Fraktionen, Zeitungsboten und durch die Post erhältlich ist.

„Roten Wähler“

dem ausgezeichneten Monatsorgan der kommunistischen Reichstagsfraktion, das zum durch die Post erhältlich ist.

Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Erich Gildauf, Berlin. — Druck: City-Druckerei, Berlin C 25, Kleine Metzgerstr. 23.

Aus der Arbeit der R.G.O.

Eisenbahner, mit „Voldampf“

Ueber das rote Signal hinweg

Wählt die Schmierfinken Mäler und Konjorten — Wählt rote Betriebsräte — Stärkt die Reihen der RGO

U. a. Kampfabzeichen bei den Eisenbahnerinnen stehen vor der Tür. Einmal, das die behäbige Bürokratie aller Schattierungen etwas beweglicher wird. Der „frei-gewerkschaftliche“ Mäler, der bekannt im gesamten Bezirk, glänzt mit der unerschütterlichen Hese gegen die RGO, „noch setzen zu müssen, was zu tun ist.“ Das rote Signal, keine Reichsbahn-Betriebszeitung, sondern ein Schmierfinkenspiegel gegen die RGO. Die Eisenbahner Mäler, sie machen deshalb nur ihre Glöcker über das Wort vom Betriebszeitung. So schreibt uns ein parteiloses Eisenbahner folgendes:

Reichsbahn-Betriebszeitung „Das rote Signal“. Das Signal steht ja auf „Rott!“ Und ein rotes Signal bedeutet stets Gefahr, aber Dummheit sind im Weg. Da heißt es stets: Vorsicht auf Strecken und Bahnhöfen!

Kampfernein dieses Signal benutzt Alex Mäler! Was ihm und seinen Spießglücken die Gefahr droht, vom Betriebszeitung der RGO, bezieht mit revolutionären Eisenbahner, überfahren zu werden!

Königt hat der Zug das Signal überfahren, hat vor Mäler nicht zu tun. Die RGO, die Eisenbahner wissen genau, wohin die Fahrt führt und die Fahrt geht. Die Herren Fahrtenleiter können vom RGO, vom GDE und vom AERH mögen nur schreien. Mit Voldampf fährt der Zug der RGO. Die Alex Mäler, M. d. L. und der Rosenfeldwefel „Dönese“ der Minister, der Kampfernein und der Kreisel, sie alle sollen sich nur beruhigen, damit sie ja nicht unter die Räder kommen.

Wenig die Korrespondenz, Wir leben von uns aus hinzu, die Stimmenabgabe für die Wahlen der Revolutionären Gewerkschaften bewiesen wird, inwiefern die Eisenbahner RGO und zu ihren Kampfmaßnahmen stehen.

Mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie wurden rote Eisenbahnerfunktionäre gemahngelt, mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie wurden Lohnraub auf der ganzen Linie durchgeführt.

Wir war es in Oberhessen, dort waren Vorbereitungen zur Wahl eines Lohnraubes getroffen. Die Eisenbahnerverwaltung wählt einen Eisenbahnerzeitung. Sie behält Lohnanlagen mit Schraub und Schrupp sowie mit Mitgliedern der Technischen Kommission. Eine dicke Jagd auf die Mitglieder der Vorbereitungen. Kampfausschüsse setzte ein. Der zweite Vorstöße des Reiches des Reichsbahn-Auslieferungswertes in Oepfen, G. J. Jendroff, wurde als erster stilllos entlassen.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Unter dem Druck der Kampfvorbereitungen war die Eisenbahnerverwaltung gezwungen, gerade für Oberhessen den Schiedspruch abzumildern. Die RGO hat den Eisenbahner des Reiches ein praktisches Beispiel gegeben, wie ein Lohnraub verhindert werden kann.

Groß ist die Mut der Eisenbahnerverwaltung und der Gewerkschaftsbürokratie gegen die RGO. Inzwischen wurde auch noch der Betriebsratsvorsitzende in Oepfen gemahngelt und ein weiterer Genosse. In allen Fällen der Mahngelung traten sozialdemokratische Spitzenfunktionäre als Denunzianten der Kollegen und als Kronzeugen der Eisenbahner auf!

Wie ist es im Bezirk? Hier ist es so, daß neben der Hese gegen die RGO die Spießglücken organisiert wird. Und trotzdem wurden bisher 10 rote Eisenbahnerlisten zur Betriebsratswahl aufgestellt. Am 8. und 10. Mai werden nur rote Betriebsräte gewählt im Zeichen der wirtlichen Kampfmobilisierung der Eisenbahner gegen die Dornpfeiler-Innenrat, gegen Lohnraub und Konzernverrat. Jede Stimme für die RGO ist ein Schlag in die Frage der Mäler und Konjorten. Eisenbahner vorwärts, mit Voldampf über das „rote Signal“ hinweg.

Die Eislebener Industrieverbändler machen Maßfeier für sich

U. a. Es ist längst erwiehen, daß der sogenannte Industrieverband nichts anderes ist, als eine reformirliche Organisation. Es sieht sehr sehr aus in manchen Hinsichten. In Eisleben 3. B. fungiert der jetzige Vorstöße selbstig wie ein kleiner Diktator. Ein großer Teil der Mitgliedschaft rebelliert gegen ihn. Eine ganz eigenartige Stellung nimmt die Dornverwaltung des Industrieverbandes zur Maßfeier ein. Man hat sich mit dem Gewerken getragen, eine eigene Industrieverbands-Maßfeier zu veranstalten. Um eine Meile zu vermeiden, die in Eisleben unaussprechlich ist, hat man sich mit Helbra verständig, um dort an der Demonstration teilzunehmen. Die Helbraer Arbeitererschaft führt ihre Maßfeier sowie durch ohne die Eislebener Industrieverbändler, die es nicht nötig haben, an den Sitzungen des Eislebener Maßfestes teilzunehmen. Sie wollen eine Götternacht gebären haben. Die Arbeitererschaft wird sich daran nicht nehmen Die Maidemonstrationen stehen unter Führung der SPD und der RGO, die allein einen wirklichen Kampf gegen Lohnraub und Holzschmus führen. Die Kollegen im Industrieverband sollten mit ihrer Führung im revolutionären Sinne aufwachen (übrigens soll der Maßfeier Verlaß 92 W. für eine amtlige Sitzung in Berlin verwendet haben. Ein bißchen viel!). Küßet zur Kampfdemonstration am 1. Mai auf der ganzen Linie!

„Wer feiern will, soll feiern . . .“

Die Gewerkschaftsbürokratie erklart sich überall und bei jeder Gelegenheit

U. a. Die Raumburger Bauarbeiter nahmen zum 1. Mai Stellung. Die Belegschaft vom Holzeubau „Bauhütte“ beschloß, den 1. Mai als Kampftag durch völlige Arbeitsruhe zu begehen. Sozialdemokratische Arbeiter drachten es fertig, in dieser Veranlassung zu erklären, wegen der schlechten Wirtschaftslage kann nicht gefeiert werden. — Wer feiern will, soll feiern. (1) — Durch diese Erklärung haben sich nicht nur die betreffenden Kollegen, sondern vor allen Dingen auch die Gewerkschaftsbürokratie erklart, denn sie sind es ja, die den 1. Mai abschaffen wollen, die den 1. Mai auf den Sonntag zu verlegen gedenken und die ihn durch Hinstellung und Fingern herabzumischen. Am Interesse des Profits der Unternehmer die „Bauhütte“ (ist auch nichts anderes, als ein Betrieb, der nach kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet wird) sollen die Arbeiter auf den Kampftag verzichten! — Hier gibt es nur eins: Heraus zum 1. Mai gegen alle Feinde der Arbeiterklasse!

Merseburger Bauarbeiter werden abrechnen

U. a. Am Montag setzte der Bauarbeiterstreik in Merseburg ein bei den Firmen Dornburg, Hege, Schmidt und auf allen südlichen Bauten. Der FBR-Bonze Bogelfänder war am Montag bei der Belegschaft Dornburg in der Verammlung zugegen. Er wollte Bau-Belegierte wählen lassen. Als die Bauarbeiter den Genossen Kanne als Delegierten vorschlugen, erkannte ihn Bogelfänder nicht an. Darauf forderten die Kollegen, daß ein Vertreter der RGO zur ganzen Situation sprechen sollte. Genosse Bohmann erhielt das Wort. Der Bonze wollte dazwischenmedern. Darauf wurde er von den Bau-

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Arbeitem buchstäblich vom Bau gejagt! (Er hat sich dann zu Hause hingelegt und einen blöden „Rufblatt“-Artikel verzapft. D. Ver.) Die Dornburg-Belegschaft sog geschlossen nach den anderen Bau-Belegierten. Dort folgten die Kollegen sofort dem Streikruf. Am Dienstag früh legte der organisierte Streitbruch der Gewerkschaften ein. Massenauflauf von Schupos, Krüger ist in Merseburg immer gleich damit bei der Hand, befehlen die Baustellen. Trotzdem fing zuerst kein Kollege an zu arbeiten und niemand betrat die Baustelle. Erst als Bogelfänder seine getreuen Spießglücken, seine Konzernverräter, zusammenzog und diese unter Polizeibewachung nach den Baustellen gingen, beschloßen die übrigen Arbeiter ebenfalls, den Kampf abzubrechen.

Der gemeine niederträchtige Verrat der Gewerkschaftsbürokratie wurde von den Merseburger Bauarbeitern erkannt. Eine Bauarbeiterveranlassung wird den Spießglücken unter den Konzernverräter zu ziehen haben. Bereits während des Kampfes der Kollegen der Masse Massenauflaufgebotes ein Verlegen der Streitbrecher unmöglich machte, wurden eine ganze Reihe Aufnahmen für die RGO gemacht. Der rote Einheitsverband wird auch in Merseburg gegründet.

„August Brey soll nicht mehr luchen . . .“

Zur Werbeaktion des Fabrikarbeiterverbandes.

U. a. August Brey, der Vorstöße des Fabrikarbeiter-Verbandes, lacht im „Proletarier“ Nr. 16 das zweite Mitglied für den FBR. Brey, er soll mal marcken, wieviel findet er es. Bei der Schreibweise des „Proletarier“ müssen ja die Massen der Arbeiter diesem Verband zustimmen — — —

Doch Spah beiseite! Wie die SPD-Partei den zweiten Mann und auch den ersten Mann verliert, so geht es auch dem Fabrikarbeiter-Verband. In Eisenburg sind 96 Mitglieder in einem Quartier — ausgetreten und ein Arbeiter von Lippen schreibt uns, jetzt mal in den „Klassenkampf“!

„August Brey soll mich nicht mehr luchen, ich bin schon gefunden worden, und zwar von der RGO. Und ich bin nicht etwa ein Markenlucher geworden, sondern ein aktiver Funktionär, weil ich genau weiß, daß es nicht das Mitgliedbuch macht, sondern die Lächer, ich werde versuchen, nicht nur den zweiten Mann, sondern den dritten, den vierten, den fünften und soweit es in meinen Kräften steht, noch mehr Männer in die RGO bringen.“

Macht Quartiere!

Zur Bezirkskonferenz der RGO am Sonnabend, dem 16. Mai, in Halle, werden Hunderte von Quartieren benötigt. Das Bezirkskomitee der RGO appelliert an die Solidarität der hallischen Arbeiterbevölkerung, die Quartiere beim Bezirkskomitee der RGO Halle, Pfännerhöhe, zu melden.

Aktivität ist alles!

Bereitet die Bezirkskonferenz der RGO am 16. und 17. Mai vor. Verbreitet überall die Sturmmarken zur Finanzierung der Delegierten. Nutzt den 1. Mai und alle roten Tage der RGO zur höchsten Propaganda aus. Nehmet die Marken sofort ab. Verleitet Montagsjungen an das Bezirkskomitee.



„Das ist und bleibt meine Cigarette — ich lasse mir keine andere verkaufen.“

Packung 50 Ptg. Gross-Packung 1,50 RM.

General-Vertretung: Georg Baltzer, Leipzig C 1, Kurze Straße 3, Telefon 23928



AUS MITTELDEUTSCHLAND

Verboten ist

Im Zeichen der Notverordnung!

Flugblatt gegen Stahlhelmvolksbegehren verboten — Maria-Reeve-Flugblatt verboten — Landarbeiter-Flugblatt verboten

Damit der Stahlhelm sein Volksbegehren durchführen konnte, ist nicht allein in Berlin die Verbotsschleife in Tätigkeit gesetzt worden. In vielen Teilen unseres Bezirks ist die Verteilung des Flugblattes „Gegen das Volksbegehren der Nazis für Volksgesundheit gegen Faschismus und Preußensregierung“ verboten, beschlagnahmt und eingezogen worden — so weit die Polizei es bekommen konnte.

In Raumburg ist die Verteilung des Flugblattes verboten worden mit der Begründung, daß durch seinen Inhalt leitende Beamte des Staates beschimpft würden und daß es geeignet sei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden. In dem Verbotsschreiben hat die Polizei aber die von ihr beanstandeten Stellen nicht genannt.

Raumburg führt im Volksmund den Namen Kappland, um damit auszudrücken, daß die schwarzeste Reaktion dort herrscht. Daß aber stappdicht nicht allein Anspruch darauf erheben kann, reaktionär zu sein, dafür hat der sozialdemokratische Bürgermeister-Stellvertreter Jöber in Gersbünde den Beweis erbracht. Er hat die Verteilung des Maria-Reeve-Flugblattes „Ein Wort an die sozialdemokratischen Frauen“ und eines Landarbeiter-Flugblattes verboten und die Flugblätter beschlagnahmt.

In Kappland: Schutz des Stahlhelm-Volksbegehrens durch die deutliche nationale Polizeiverwaltung, in Gersbünde: Schutz der SPD und der sozialfaschistischen Bonzen im DAV durch den sozialdemokratischen Bürgermeister-Stellvertreter.

Und trotzdem führt das Proletariat den Kampf gegen die Reaktion aller Schattierungen, und es wird ihn siegreich bestehen.

Ungeheuerliche Provokation des Stahlhelms in Sachsen:

Stahlhelm und Nazis organisieren Arbeitermord

Inferer Dresdner Arbeiterzeitung wurde der untenstehende Brief zur Verfügung gestellt, der die enge Verbindung des Stahlhelmverbundes mit den Nazis erkennen läßt. Der Brief zeigt mit offener Deutlichkeit, daß diese Arbeiterfeinde gemeinsame Ueberfälle auf Arbeiter organisieren. Gerade jetzt, wo die Stahlhelmer während des Volksbegehrens heuchlerisch zum Arbeiterinteressen rufen, ist die unumwundene Freundschaft zum Arbeitermord für die Stahlhelm-Nazis geradezu bezeichnend. Deshalb geben wir diesen Brief im Wortlaut wieder.

„Der Stahlhelm, DAV“

Ortsgruppe Brand-Erbisdorf

Brand-Erbisdorf, den 19. 3. 1931.
An alle aktiven Kameraden!
Die Antifa wird auch bei uns in Brand-Erbisdorf immer frecher. Mit der am 14. dieses Monats von der SA besetzten fräulein Verbreitung ist sie noch, nicht zufrieden, sie verlangt noch mehr Arbeitslose. Kammerden Freitag will sie eine weitere Verarmung der NSDAP führen und zu diesem Zwecke

Kein Handschlag

darf in den mitteldeutschen Betrieben ausgeführt werden. Jagt in den Belegschaftsversammlungen Beschläufe für die vollständige Arbeitsruhe und für den Streik

am 1. Mai!

ein Aufgebot aus der näheren und weiteren Umgebung heranziehen.

Die Ortsgruppe Brand-Erbisdorf der NSDAP hat uns in Anbetracht dessen um Unterstützung gebeten.

Für die gesamte Gruppe A wird daher hiermit für Freitag den 20. 3. 1931 die Teilnahme an der Versammlung der NSDAP befohlen.

Antreten: Pünktlich 19.30 Uhr.

Anzug: Klau!

Gegen die faschistischen Mordbanditen!

unterstützen alle Arbeiter, Angestellte und Beamte den Kampf der Kommunistischen Partei, indem sie für den

Antifaschistischen Kampffonds zeichnen!

Pünktlich 20.15 Uhr befehlen wir nach einem kurzen Marsch durch die Stadt geschlossen den Saal im Hotel „Stadt Dresden“, Versammlung mit der NSDAP zu treffen. Die SA in Stärke von circa 150 Mann hat um 19 Uhr einen Verbotsmarsch durch Brand-Erbisdorf und wird um 20.15 Uhr schon im Saale anwesend sein.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage muß ich von allen aktiven Kameraden verlangen, daß alle Mann zur Stelle sind. Es gilt, die Geschlossenheit der nationalen Bewegung gegenüber der Antifa auf das Entschiedenste zum Ausdruck zu bringen.

Der Antifa, die geküßert hat, daß sie Brand-Erbisdorf mit allen Mitteln für sich zurückgewinnen will, gilt es zu zeigen, daß die nationale Bewegung sich ihren vorbereitenden Stand nicht nehmen läßt.

Die Gruppenführer sind dafür verantwortlich, daß alle ihre Gruppenmitglieder pünktlich antreten.

Mit kameradschaftlichem Gruß und Frontheiß!

„Jif.“

Dieses Dokument trifft nur so von Vereinbarungen mit der NSDAP. Die Arbeiterklasse wird angesichts dieses mörderischen Treibens der Faschisten alle Kräfte zusammenreißen und die rote Front zum Kampfe gegen dieses Völkerverbrechen!

Referenten für den 1. Mai

sind sofort von den Ortsgruppen bei den Unterbezirksleitungen anzufordern. Lokal und Zeit sind anzugeben, ebenso, ob es sich um eine Veranstaltung unter freiem Himmel oder im Saal handelt.

Die Unterbezirksleitungen müssen eine solche Einteilung treffen, daß ein Referent mehrere Veranstaltungen übernehmen kann.

Soweit viele Referenten der Bezirksleitung benötigt werden, müssen sich die Unterbezirksleitungen rechtzeitig,

spätestens bis 25. April,

mit uns in Verbindung setzen. Fahr gelder und Speise für Referenten müssen von den Veranstaltungen getragen werden.

APD, 22 Halle-Merseburg, Sekretariat.

Ihren
m, ihre St
mindert
ber der
Kortier
Berlin
erlaubt
in
zu sprechen
sicherlich
den, zum
machenden
jahrgang

In rasender Geschwindigkeit
In Deutschland Not-verordnung. Die Notverordnungen der Regierung und die diktatorischen Maßnahmen der Behörden auf Grund dieser Verordnungen wirken von Tag zu Tag immer mehr zur Niederhaltung der Arbeiter und ihrer Führerin, der Kommunistischen Partei, aus. Im Namen der Notverordnung Hindenburgs und Brünnings wird verboten, verboten und unterdrückt.

Es vergeht kein Tag, dem uns nicht gemeldet wird, daß die Polizeibehörden Flugblätter beschlagnahmen, Beschlagnahmen verbieten und gegen Verordnungen ausgeben. Bei den bisher beschlagnahmten Flugblättern handelt es sich um solche, die in rasender Geschwindigkeit herausgegeben und genehmigt worden sind, und die schon in allen Orten ohne Beanstandung verteilt sind.

Kampagne gegen das faschistische „Volksbegehren“ wurde unterbunden

Es wurde in Gräfenhainichen das Flugblatt „Gegen Volksbegehren der Reaktion“ beschlagnahmt, obwohl das Blatt in Berlin gedruckt, der Polizeibehörde vorgelegt und genehmigt worden ist. In allen Städten Deutschlands sind die Flugblätter schon verteilt und nur in Gräfenhainichen sind die Polizei einen solchen Uebergriff, der sogar Widerspruch zu der Notverordnung leistet.

In Gersbünde beschlagnahmte die Polizei drei Flugblätter, ebenfalls der Polizeibehörde schon vorgelegt, genehmigt und in allen Städten Deutschlands verteilt worden ist. Wir können uns vorstellen, wer nun von den Polizeipräsidenten der RAA

Wir wenden uns aber entschieden gegen solche Willkürmaßnahmen der Polizei. Hier zeigt sich wieder sehr klar und

Notverordnung nur gegen die Kommunistische Partei

Anwendung gebracht wird.

Die Arbeiterzeitung aber antwortet auf die Provokationen der SA mit der verlässlichen Unterstützung der Kommunistischen Partei in ihrem Kampfe gegen die Notverordnung und Brünnings-Ordnung, indem man erst recht

jeder Arbeiter — vor allen Dingen aber

jeder Betriebsarbeiter Mitglied der APD, der KPD und Leser der Kommunistischen Zeitung wird.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Wohlfahrtsschule Berlin, Berlin-Wilmersdorf, Prenzlauerstraße 62.

Früher war es häufiger, daß der Arzt nicht richtig verstanden. Warum hat er noch ausdrücklich im

Ein Jahr später erschien Herr Drauder wieder in der Sprechstunde des Arztes. „Am Gottes mitleid, Herr Doktor, meine Frau

„Doch der Chemann läßt sich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

„Das ist ein unglückliches Kind, das ich nicht begütigen

Sachen schuld sein. Sie, die Frau, könne nicht schuld sein; denn sie sei Jungfer gewesen am Hochzeitstage, während er... Eher habe er etwas aufgeföhren, denn sie geheiratet hätten, und nun strafe sie der liebe Gott.

Das ging in ein paar Monate und die Nachbarschaft begann zu tuscheln. Die sonst so gutmütige Frau wurde immer reichbarer und verzagte sich mit dem ganzen Hause. Der Mann kam bestreut zur Arbeit und hatte schwere Unannehmlichkeiten. Am letzten Morgen der Schwangerschaft wurde die Frau immer stiller und in sich gekehrt. Der Mann kümmerte sich nicht darum. Die Schwangerschaftsdauer, die mit ihren Krämpfen die unglückliche Frau gequälte hatte, wurde übersehen.

Eines Tages kam die früher so glückliche Frau am Fensterhaken, an dem sie sich erhängte hatte. Der Vater neubemalte immer mehr, wurde schließlich mit Schimpf und Schande davon gejagt und verkam. Der wirklich vielerprechende Erstgeborene mußte nach fünf Jahre das harte Brot der Waisenhauszucht essen.

Wenn der verlorne § 218 nicht existierte, hätte seine Mutter Wunsch, von weiterer Fortpflanzung ausgeschlossen zu werden, Erfüllung gefunden, die Familie wäre beinahe glücklich, und Freig hätte eine gute Erziehung bekommen, in jedem Falle bessere Chancen für den Lebensnützigen gewonnen.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß der § 218 entfernt werden soll.

Frau Großkopf

Es taugen ja doch alle nichts.

„Der jugendliche Staatsanwalt, befehl von edler Entrüstung, zu der ihm das Gefühl, daß gefoltert zu sein, gut zu nutzen und gut gefallen zu haben, berechtigt, droht Frau Großkopf mit Justizhaus und bestraft sieh Staats Gefängnis.“

Woll ich mich nicht mit fremden Federn schmücken will, will ich offen sagen, daß ich die Charakteristik ähnlicher Vorgänge aus einem Gerichtsprotokoll des betreffenden Herrn wörtlich übernehme. Sie selbst zu gut auf den vorliegenden Fall. Der Herr Staatsanwalt hat sogar mandamental zu antworten, daß kein Einglas nicht halten wollte. Die Kammerfrauen auf seiner Wangen erglänzte purpurrot und besaßen dem Rascheln, daß die Herr in seinen jungen Jahren wenigstens eine liberalere Einstellung zum Strafgesetze hatte als heute, wo er berufen war, den § 218 gegen Frau Großkopf zu verurteilen.

Dieser guten Frau war es völlig egal, was der Herr Staats-

anwalt vortrug, sie glaubte nämlich: mit kann doch keiner was. Sie war nämlich infolge eines fortwährenden Vererbungsprozesses allmählich an seiner Grenze angelangt, die jeden Richter veranlaßt, erst einmal gewissenhaft zu prüfen, ob hier nicht der Paragraph § 193 zu greifen habe, jener vielbeachtete Paragraph, der den sogenannten Jagdschein den glücklichen Angeklagten verleiht, denen er ausgestellt wird. Frau Großkopf konnte man aber auch sonst so leicht nicht töten. Die kleine, pausbackige, kuppelartige Frau, mit den glänzenden, unierten Augen, wirkte durchaus brüßig.

Die ganze kleine Stadt, in der sie lebte, kannte sie auch und ihre Eigenheiten. So hatte sie beispielsweise einmal ihrem Mann das Essen in einem verbotenen Kuchengäßchen zu Arbeitsstelle gebracht. Dies läßt natürlich unabhängige Heiterkeit aus, die noch dadurch verstärkt wurde, daß der Chemann sich, offenbar ähnlich ange stellt, wenig an dieser deplacierten Verwendung des sonst so nützlichen Geheimes stick und munter daraus ab.

Zu anderen Malen war Frau Großkopf häufiger beobachtet worden, wie sie, umgeben von vier bis fünf Kindern am helllichten Tage in den eleganten Anlagen der kleinen Stadt, nicht vor dem Hause des Oberbürgermeisters, mitten auf die große Rasenfläche ein Monument geleitet hatte, zum Erkaunen der Sozialdemokraten, ohne auf deren Schanzgefühl Rücksicht zu nehmen. Ein Monument, das zwar dergleichen war, aber immerhin dem Stolz der Stadt, gerade dieser Parkanlage, nicht zur Zierde gereichte.

Wollte sie damit dem Stadtoberhaupt ihre Mißbilligung ausdrücken? Wer weiß es? Bestrauten war ihr eine derartige Rederei jedenfalls. Sie war ihm nicht gerade hoch, dem Herrn Oberbürgermeister, weil er sie einmal abfällig in einer Sache beschreiben hatte. So nehme jedoch an, daß es sich nur um eine der natürlichen Hemmungslosigkeiten handelte, von denen Frau Großkopf hier betroffen wurde.

Es ist auch noch ein Zufall: daß sie eines Tages Luft hatte, sich eine fröhliche Erlebnisse zu machen und deshalb kurz schlüpfen in den Stall eines, um ihren drei Horkentieren die auch nicht schlaftrief waren, farschbano der Schwärze abzuhängen und sich sich zu helfen zu lassen. Die Nachbarschaft war auch nicht mehr da, um nicht mehr zu erzählen, der Herr Staatsanwalt hatte doch noch immer nicht übersehen werden. Was s aber vorher bemerkt, ist die reine Wahrheit und keine Dichtung.

(Fortsetzung folgt.)

